

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

24. Jahrgang Nr. 07/2016

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



PARTEI ERGREIFEN!

13. Landesparteitag fand erneut in Neukieritzsch statt

© DIE LINKE, Sachsen

Nachdem die „Parkarena“ in Neukieritzsch beim vorangegangenen Parteitag durch Unbekannte „entglast“ wurden war, lud der Bürgermeister der Stadt DIE LINKE ein, erneut einen Parteitag in seiner Stadt zu veranstalten.

„Partei ergreifen!“ war das vom Landesvorstand ausgegebene Tagungsmotto. Der gleichnamige Leitantrag und ZWEI Ersetzungsanträge wurden in einer facettenreichen Diskussion behandelt, wobei der Leitantrag mit einer breiten Mehrheit angenommen wurde. Die beiden konkurrierenden Anträge wurden abgelehnt.

Neben dem Leitantrag und einigen weiteren inhaltlichen Anträgen beschlossen die Delegierten eine schulpolitische Initiative, die auch eine mögliche Volksabstimmung für längeres gemeinsames Lernen im Freistaat beinhaltet.

Es kam an diesem Tag auch zu einem Paradigmenwechsel der Partei beim Umgang mit Rechtspopulisten. So werden die Mitglieder der LINKEN Sachsen und insbesondere deren RepräsentantInnen in den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften offensiv den VertreterInnen menschenfeindlicher, rassistischer und anderer rechter Positionen, wie sie beispielsweise von der AfD ver-

treten werden, in der öffentlichen Debatte entgegentreten. Bisher hatte DIE LINKE öffentliche Diskussionen mit VertreterInnen solch menschenfeindlicher Positionen abgelehnt, um ihnen keine Plattform für diese Positionen zu bieten.

Den Abschluss des Parteitages bildeten die Weicheinstellungen für ein neues Finanzkonzept, sowie für erhebliche Änderungen in der Landessatzung. Gerade in den Prozess der Satzungsänderungen brachten sich Genossinnen und Genossen aus dem Göltzschtal ein.

Nachdem der Parteitag nun mit einer deutlichen Mehrheit ein Satzungsmodell favorisiert hat, gilt es nun dies im kommenden Jahr mit den entsprechenden Formulierungen zu untersetzen.

Das Wichtigste bleiben bei einer Partei natürlich die Inhalte, deshalb lasst uns das Motto „Partei ergreifen!“ aufnehmen und unsere Positionen jederzeit laut und deutlich äußern!

Lars Legath

aus dem	Bundesparteitag 2016.....	S. 2
Inhalt:	Keine extra Sanktionen bei Harz IV.....	S. 4
	Freies W-LAN für Plauen?.....	S. 6
	Briefe.....	S. 7



BUNDESPARTEITAG 2016

am 28. und 29. Mai in Magdeburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

da wir leider nicht alle zu einem Bundesparteitag fahren können, wählen wir im Vorfeld immer unsere Delegierten. Da ihr mich zu einem Delegierten gemacht habt, wofür ich euch nochmal danken möchte, will ich euch wenigstens einen groben Überblick über die Geschehnisse und meine Eindrücke vor Ort geben.

Am frühen Samstagmorgen hab ich mich mit den GenossInnen Carmen Schaller und Ullrich Gebhardt auf den Weg nach Magdeburg gemacht. Aus meiner Sicht gehört auch die Fahrt zum Parteitag schon zu den erwähnenswerten Dingen. Denn man hat auf einer solchen Fahrt mal richtig Zeit zu politischen Gesprächen. Das dient auch der Vorbereitung auf die Anträge, die vor Ort behandelt werden sollten. Die vierte Delegierte im Bunde, Sandra Steiner, kam dann aus dem Urlaub direkt nach

Magdeburg. Wir waren also komplett und mussten uns schon wieder trennen, da ich vor Ort meine Tätigkeit in der Mandatsprüfungskommission aufnehmen musste. Während ich dort gerade arbeitete, erhielt ich von den zu Hause gebliebenen GenossInnen die Info über den Tortenangriff auf Sahra Wagenknecht. Ihr habt sicher davon in den Medien etwas mitbekommen. Leider ist genau das eben auch das große Thema, das medial hängen geblieben ist. Diese Vollidioten, die sich selbst als „AntifaschistInnen“ bezeichnen, die sich einbilden, dass sie einer linken Politik damit geholfen haben, die irren sich mehr als gewaltig. Das Gegenteil haben sie bewirkt. Zum einen ist die eigentliche linke Politik, um die es vor Ort ging, dadurch nämlich medial untergegangen. Zum anderen bleibt in den Köpfen der Menschen draußen wieder einmal hängen, dass AntifaschistInnen gewaltbereite Chaoten sind, die nicht mit Argumenten agieren. Die Täter sind keine Antifaschisten und auch keine richtigen Linken,

sie sind Chaoten ohne Verstand. Man kann zu den viel kritisierten Sachen die Sahra in den letzten Wochen von sich gegeben hat, stehen wie man will, aber DAS geht einfach gar nicht. Sahra hat dazu treffend gesagt „Das waren politische Analphabeten“.

Aber um auch die anderen Themen anzusprechen, um die es an diesem Wochenende ging, möchte ich mich mit dem Tortenwurf nun nicht weiter aufhalten.

Ein großes Thema waren die Wahlen zum Bundesvorstand. Katja Kipping



© Maik Schwarz

und Bernd Riexinger wurden als Parteivorsitzende bestätigt und dürfen nun für weitere zwei Jahre die Geschicke unserer Partei lenken. Als ihre StellvertreterInnen wurden Caren Lay und Janine Wissler sowie Tobias Pflüger und Axel Troost gewählt. Der Bundesgeschäftsführer bleibt auch weiterhin Matthias Höhn. Ebenso wiedergewählt ist der Bundesschatzmeister Thomas Nord. Weitere 36 Vorstandsmitglieder komplettieren das Feld.

Der interessanteste Teil war jedoch die inhaltliche Debatte zu den Leitartikeln. Diese hier wieder zu geben würde den Rahmen sprengen. Für mich war es jedoch spannend zu sehen wie emotional teilweise um einzelne Worte gestritten wurde. Es zeigt aber, dass sich ein Teil der Basis damit intensiv auseinander gesetzt hat. Leider hat die Zeit auf dem Bundesparteitag nicht ausgereicht, um alle Anträge zu bearbeiten, die eingebracht wurden. Ein aus meiner Sicht besonders wichtiger

Antrag aus unserem Landesverband, fiel am Ende der Zeit zum Opfer und wurde nicht mehr behandelt. Der Antrag zum Laizismus. Vielleicht gibt das aber die Möglichkeit auch darüber länger und intensiver an der Basis zu sprechen. Die Entscheidung, diesen Antrag zu Ende des Parteitags nicht mehr zu behandeln, finde ich dennoch richtig. Nachdem es am Samstag bis früh halb zwei ging und der Beginn am Sonntag schon um neun war, die Mittagspause schon entfiel, war einfach bei vielen schon die Luft raus. Ein Teil der Delegierten war ohnehin schon gegangen oder im Gehen. Hätte man

den Antrag dann noch im Schweinsgalopp abgearbeitet, wäre die inhaltlich notwendige Debatte dazu zu kurz gekommen. Dafür ist das Thema aber zu kontrovers und zu wichtig. Ich denke dazu wird man auf dem nächsten Parteitag Zeit finden. Ich freue mich jedenfalls schon drauf. Wie ich aber schon erwähnt habe ist hier

einfach nicht genügend Zeit und Platz um alles Spannende und Wichtige hier nieder zu schreiben. Ohnehin hält Jeder von uns andere Details für wichtig. Ich würde den Interessierten unter euch daher nahelegen, die Bundesparteitage entweder im Livestream mit zu verfolgen oder aber euch auch mal als Delegierter zu bewerben. Nach dem wirklich spannenden Parteitag folgte dann wieder die Heimreise in der Anreisegruppe bei dem wir wieder Zeit hatten das erlebte revuepassieren zu lassen und erneut über Sachthemen zu sprechen. Ich danke euch liebe Genossinnen und Genossen nochmal, dass ihr mir diese Erfahrung ermöglicht habt .

Maik Schwarz

EIN JAHR MINDESTLOHN

Podiumsdiskussion im Quartier 30

Im Vorfeld der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wurden wahre Horrorszenerarien entworfen. Knapp eine Million Arbeitsplätze würde wegfallen, unter den Minijobbern würden bei einem Mindestlohn von 8,50 € mehr als 500.000 ihren Arbeitsplatz verlieren, schrieben u.a. die Dresdner Neuesten Nachrichten. Dennoch wurde der Mindestlohn zum 1. Januar 2015 eingeführt. Laut Arbeitsministerin Nahles bekommen inzwischen vier Millionen Bürgerinnen und Bürger durchschnittlich 18 % mehr Lohn. In Sachsen profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach der jahrelangen Niedriglohnstrategie der CDU sogar besonders, indem 10 % von ihnen mehr bezahlt bekommen.

Also alles gut? Nicht ganz, wie sich in der Diskussion am 4. Mai mit unserer Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann und dem Chef der Taxi-Genossenschaft, Wolfgang Häbeler, im Quartier 30 in Plauen herausstellte. Zwar habe sich der mehr als 10 Jahre währende Kampf um den Mindestlohn durchaus gelohnt, so Sabine Zimmermann, vor Altersarmut schützen 8,50 €/Stunde dennoch nicht. Dazu sei eine Anhebung auf 10 € und schließlich auf 12 €, wie von der LINKEN gefor-

dert, dringend geboten. Denn selbst die SPD habe inzwischen ausgerechnet, dass erst ein Einkommen ab 11,68 € vor Altersarmut schützt.

Nicht gebessert hat sich zudem die Lage der Taxi-Unternehmen. Bereits im letzten Jahr hatte Herr Häbeler davon berichtet, dass er Leute entlassen musste und mit geteilten Diensten kämpft. Daran hat sich nichts geändert. Gleichzeitig werden Taxen aber für die ländlichen Räume immer wichtiger, wenn Bus und Bahn zunehmend weniger fahren. Aus dem Publikum kam daher der Vorschlag, dass Taxi-Unternehmen perspektivisch als Teil der Daseinsvorsorge gesehen werden sollten und entsprechend eingeordnet. Dass eine Reform der Taxibranche überfällig ist, bekräftigte auch Sabine Zimmermann. Arbeitsministerin Nahles hatte zwar zugesagt, die von Taxen übernommenen Krankenfahrten durch die Krankenkassen besser vergüten lassen zu wollen, passiert ist da aber noch nichts.

Auch allgemeine Aspekte der Arbeitswelt wurden in der anderthalbstündigen Veranstaltung diskutiert. Industrie 4.0 ist so ein Schlagwort, von dem niemand weiß, was genau sich dahinter

verbirgt. Auch breiten sich so genannte Clickworker oder Crowdworker immer weiter aus. Ins Leben gerufen wurde Clickworking von der NASA, die Menschen Krater klassifizieren ließ. Inzwischen lassen viele Unternehmen, so auch Honda oder die Telekom, Clickworker für sich arbeiten. Diese werten zum Beispiel Daten aus, kategorisieren Produkte, lektorieren oder recherchieren im Netz. Die Vergütung bleibt weit hinter dem Mindestlohn zurück und für den Lebensunterhalt taugen diese Micro-Arbeitsverhältnisse nicht. Es steht aber zu befürchten, dass sie sich dennoch ausbreiten werden.

Schon jetzt gibt es 3 Mio. Menschen in Deutschland, die auf einen Zweitjob angewiesen sind. Auch die Zahl der jobbenden Rentner_innen wird in den nächsten Jahren zunehmen. Schon deshalb müssen 12 € Mindestlohn einfach drin sein!

Katrin Pritscha

SATZUNGSBESCHLÜSSE: TROCKEN, LANGWEILIG UND DOCH WICHTIG

Kommentar zum Verhalten von Delegierten

Bereits im Vorfeld des Landesparteitages war unsere Delegation durch Krankheit, berufliche Verpflichtungen, länger geplante Urlaube und zu wenige NachrückerInnen von acht auf fünf Menschen geschrumpft. Wobei Krankheit und Beruf klare Entschuldigungen sind.

Nun kam es während dieses Parteitages zu einer Situation, welche ich so bisher noch nicht erlebt habe. Von der sowieso schon kleinen Gruppe Delegierten, welche direkt für unseren Kreisverband zum Parteitag gefahren waren (5 Delegierte, 3 Beraterinnen), verabschiedeten sich nach gut der Hälfte des Parteitages zwei Delegierte und zwei Beraterinnen. Begründung

für das zeitige Abreisen war, dass die kommenden Beschlüsse nicht mehr so wichtig wären. Zu diesen „Kinkertitzen“ gehörten die kompletten Finanz- und Satzungsbeschlüsse. Diese Beschlüsse werden unsere Arbeit in den nächsten Jahrzehnten erheblich beeinflussen und sind teilweise entscheidend für die Handlungsfähigkeit unseres Kreis- und Landesverbandes. Einige entscheidende Satzungsänderungsanträge kamen aus unserem vogtländischen Ortsverband Göltzschtal.

Einen weiteren bitteren Beigeschmack hatte das Abreisen auch für die gesamte Satzungsdebatte: Um Satzungsänderungen zu erreichen, müssen

Anträge mehrere Quoren erfüllen. Diese wurden mehrmals um nur ein oder zwei Stimmen verpasst.

Jede und Jeder, der sich zu einem Parteitag oder einer anderen Versammlung delegieren lässt, sollte sich vor der Wahl im Klaren sein, dass ein Parteitag mindestens einen, aber auch einmal zwei volle Tage gehen kann. Diese Tage sollte man sich, sofern möglich, nehmen und dann auch der Verantwortung gerecht werden.

Lars Legath

KEINE EXTRA-SANKTIONEN FÜR UNTER 25-JÄHRIGE

Aus der Veranstaltung des Sozialforums Göltzschtal am 30. Mai 2016

Die 9. Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB) II, auch gern bezeichnet als „Rechtsvereinfachung“, bot zum sechsten Male ein volles Programm.

Verständnislos reagierte das Bürgerforum darauf, dass junge Menschen unter 25 Jahren, die auf ALG II angewiesen sind, weiterhin viel schärfer sanktioniert werden können als ihre Mitmenschen in vergleichbarer Situation. Das „Amt“ soll ihnen wie bisher die gesamte Regelleistung streichen können, nicht nur 30 %. Das ist absurd, denn dies entspräche nicht dem Ziel, „Jugendliche mit besonderen Problemen“ zukünftig viel besser erreichen zu wollen. Extra für diesen Zweck plant man einen neuen Paragraphen-Absatz ins SGB II aufzunehmen.

Auszubildende und Student*innen, die bei den Eltern wohnen und auf BAföG

oder BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) Anspruch haben und dies erhalten, sollen zukünftig ergänzend ALG II-anspruchsberechtigt sein. Ein super Entgegenkommen! Trostlos bleibt aber, dass junge Menschen, die einer Berufsausbildung nachgehen, zusätzlich mit Hartz IV und seinen Schikanen belastet werden, weil die Leistungen während der Ausbildung nicht zum Leben reichen. Auch die Tatsache, dass jene, die am Studien- bzw. Ausbildungs-ort wohnen oder jene, die nicht BAföG- oder BAB-anspruchsberechtigt sind, Ausnahmen bilden und das Nachsehen haben sollen, erzeugte Empörung bei den Besuchern der Veranstaltung.

Besonders schockiert hat das Vorhaben der Bundesregierung, Ersatzansprüche des Jobcenters gegenüber den Leistungsberechtigten bei „sozialwidrigem Verhalten“ ausbauen zu

wollen. Das bedeutet, wer nicht im Callcenter arbeiten möchte, weil er es nicht mit seinem menschlichen Gewissen vereinen kann, insbesondere älteren Mitbürgern Internetverträge oder andere für sie „nützliche“ Dinge aufzuschwatzen - selbst „erlesene Weine“ nicht, der soll zu Schadenersatz verpflichtet werden.

Zu diesen und weiteren Widrigkeiten der geplanten Gesetzesänderung hat das Sozialforum Göltzschtal Forderungsschreiben an alle Bundestagsfraktionen entsendet mit der Erwartung einer humanen, sinnvollen und wirklich rechtsvereinfachenden Reaktion.

Weitere Infos und Forderungsschreiben erhältlich unter www.sozialforum-goeltzschtal.de !

Kathrin Kosche

MIT BÜRGERN INS GESPRÄCH KOMMEN

Eigentlich sollte die 9. Änderung des SGB II (Hartz IV) längst beschlossene Sache sein. Seit 2012 beraten Vertreter der Bundesregierung, der Bundesländer, der Bundesagentur für Arbeit über angebliche "Rechtsvereinfachungen" von Hartz IV, von denen aber viele Verschlechterungen bedeuten. Stellungnahmen von Sozialverbänden, Gewerkschaften, Juristenvereinigungen und Parteien zu Zwischenergebnissen und zum Gesetzesentwurf füllen inzwischen ganze Ordner.

Für den 8. Juni 2016 war die letzte Debatte und der Beschluss der Gesetzesänderung im Bundestag geplant, die Behandlung wurde aber von der Tagesordnung gestrichen und auf den 23. Juni vertagt. Derartig lange Verzögerungen in einem Gesetzgebungsverfahren haben aber auch Vorteile: Betroffene und deren Unterstützer können Proteste organisieren und Forderungen an den Gesetzgeber schicken. Das Sozialforum Göltzschtal und die Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV haben seit 2012 zunächst das Sächsische Sozialministerium, dann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundestagsfraktionen kontinuierlich mit Forderungspost ge-

nervt. Bis auf die CDU-Fraktion haben wir auch stets Antworten erhalten, viele nichtssagende, aber von den Bundestagsfraktionen der LINKEN und der Grünen auch zustimmende Stellungnahmen. Die besten Antworten waren: Diese Änderung ist gestrichen (z.B.: Klagen von Hartz IV-Empfängern beim Sozialgericht sind künftig kostenpflichtig, auch wenn die Klage Aussicht auf Erfolg hat).

Für den 1. Mai 2016 formulierten wir für zwei Unterschriftenbögen je vier Forderungen zu geplanten und zu notwendigen Änderungen von Hartz IV, ich zum Gebiet der Kosten der Unterkunft, Kathrin Kosche zu anderen Gebieten. Wir beide sammelten mit Verstärkung aus dem Sozialforum Göltzschtal in Plauen, der Ortsverband Göltzschtal sammelte in Rodewisch. Ergebnis für meine KdU-Forderungen: 86 Unterschriften. Vielleicht ist das nicht viel, aber uns ist klar: Das Wichtigste war, wir konnten Bürgern an konkreten Beispielen erklären, was Hartz IV bedeutet und wie viel an diesem Gesetz sogar rechtswidrig ist. Wir haben viel Zustimmung erlebt, aber natürlich auch Ablehnung und - selten - böse Worte. Aber das muss ertragen

können, wer sich politisch engagiert. Ein weiterer Vorteil: Wir sind mit Vertretern von Gewerkschaften und Sozialverbänden, die zum 1. Mai in Plauen auch Stände hatten, ins Gespräch gekommen, zum Teil haben wir sogar Unterschriften getauscht.

Und wir beschlossen: Wir sammeln im Mai weiter, die abschließende Befassung im Bundestag stand ja erst für Juni an. Kathrin hat Mitglieder der LAG Hartz IV mit der Bitte zum Sammeln angeschrieben, wir haben unter Verwandten und Bekannten und auf Versammlungen gesammelt, Arbeitslose sammelten in Auerbach bei der Ausgabe der Tafel. Am 27. Mai konnte ich Listen mit 250 Unterschriften zu unseren KdU-Forderungen an den Präsidenten des Bundestages senden, die Fraktionen des Bundestages habe ich über die Forderungen und die Anzahl der Unterschriften schriftlich informiert.

Unsere Aktion war sicher nur ein kleiner Beitrag, aber gewiss ein Zeichen, dass wir nicht resignieren.

Dr. Dorothea Wolff

EIN SOLIDARITÄTSOBJEKT

die Schule „Tamara Bunke“ in Valle del Perú, Provinz Mayabeque

Es war ein erfreulicher und beruhigender Anblick im April des Vorjahres, als sich beim Besuch ein kleines Wunder ergab: Keine kaputten Fenster mehr, sondern ringsum alles neu mit den typischen Fensterlamellen aus verzinktem Blech repariert. Eifrig war fotografiert und skizziert worden, was denn noch nötig sei.

Zur „Fiesta“ am 25. Juli 2015 übermittelte Lutz Naumann von Cuba si Chemnitz die Materialliste, die alles enthielt, was wohl von kubanischer Seite aus gewünscht und bei einem Baumarkt erworben wurden war, um es auf den Weg zur Schule bringen. Mit den Protokollen vom Koordinierungsrat von Cuba si Berlin konnte der Gang der Dinge verfolgt werden. 7409,39 EUR konnten dank vieler Spenden aus der Region bereitgestellt werden (3. Juni 2015). Der Container kann am 2. Juli 2015 beladen werden und das Geld dafür wurde beschlossen (10. Juni 2015). Endgültig wurde der Container am 11. August 2015 gepackt, auch mit 10 neuen Computern für die Schule (12. August 2015). An der Schule ist der Container angekommen und zwei Freunde werden nach Kuba reisen, um bei der Sanierung zu helfen (9. März 2016).

Gewissheit sollte am 25. April 2016 erlangt werden: Tatsächlich, es fanden sich die Dinge der Materialliste in der Schule. Die Dachbahnen in der Bananenreife, Klebe- und Fugenmörtel im Regal des Direktorenzimmers und das Meiste in der Bibliothek bzw. Traditionskabinett hinter einer Spanischen Wand.

Stolz führte die Direktorin zu diesen „Schätzen“ der Schule. Selbst die fünf Besenstiele waren es wert, gezeigt zu werden.

Ein akribischer Vergleich mit einer Liste unterblieb; immerhin handelte es sich nun um das Eigentum der Schule. Allerdings war man sich einig: Alles sollte schnell verbaut werden! Wer

Nicht dass diesen Sachspenden das gleiche Schicksal beschieden ist wie der Biogasanlage. Seinerzeit wurden 3000 DM dafür gespendet, nie aber ging sie in Betrieb. Die traurigen Reste sah man im Vorjahr noch liegen.

Also es lohnt sich an der Schule „fest zubeißen“.



© Ronald Wandel

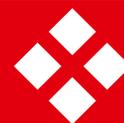
weiß schon, wie lang sich Kleber und Mörtel unter kubanischen Klimabedingungen verarbeitungsfähig halten? Genauso wie der Dach- und Fassadenanstrich. Was geschieht mit all dem Material letztendlich? Die Hoffnung ruht auf den beiden Companeros aus Berlin und Gera, die sich rasch an die Arbeit machen wollen. Oder es gibt gar kubanische Experten, die z.B. mit dem neuen und damit ungewohnten Sanitärmaterial umgehen können!

Und vielleicht gelingt es, dem nahe gelegenen Heim für Menschen mit auch mehrfach Behinderungen, der vormaligen Poliklinik „Tamara Bunke“ gleichfalls solidarische Hilfe angedeihen zu lassen. (Das auf LKW-Leinwand vor neun Jahren reproduzierte Porträt hängt noch in der Eingangshalle.) Ein Elektroschweißgerät könnte genutzt werden, um altersschwachen Bettgestellen zunächst wieder auf die Beine zu helfen. Mehr ist drin.

Ronald Wandel



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
14. Juli 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

KOMMUNALAUF SICHT STELLT FEHLER FEST

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Falkenstein hatte einen Antrag zur Änderung der Einbahnstraßensituation im Dezember 2015 gestellt. Da der Bürgermeister diesen Antrag aber scheinbar nicht behandeln wollte, behinderte er durch sein Vorgehen die korrekte Behandlung des Antrags. Stadtrat Jens Uhlmann leitete darauf hin eine Überprüfung bei der Kommunalaufsicht ein, mit Erfolg.

Dazu der Stadtrat der LINKEN Jens Uhlmann:

"Bei dieser Überprüfung wurde festgestellt, dass der Antrag so wie er von

der Fraktion DIE LINKE eingereicht wurden war, zur Abstimmung hätte kommen müssen. In der Verfahrensweise, dass durch den Bürgermeister ein Beschlussvorschlag zur Ablehnung des Antrages auf der Tagesordnung stand und zur Abstimmung kam, sieht die Kommunalaufsicht einen Verstoß gegen die sächsische Gemeindeordnung. Im Ergebnis ergeht ein entsprechender Hinweis an den Bürgermeister der Stadt Falkenstein.

Es ist zu hoffen, dass dem Bürgermeister solch ein Fehler in Zukunft nicht wieder passiert."



© Andreas Musolt / pixelio.de

BÜRGERENGAGEMENT UNERWÜNSCHT!?



Mit Stimmen der CDU und Fraktion Initiative Plauen/ FDP wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE zum kostenlosen W-LAN in der Innenstadt mit Freifunk e.V. vorerst verhindert. Der Antrag stieß ursprünglich im Verwaltungsausschuss von der Stadtverwaltung und den Stadträten auf große Zustimmung. Ziel des Antrages der LINKEN war, eine schnelle Abdeckung der Stadt Plauen mit kostenfreiem W-LAN. Ein gutes Dutzend Freifunk-Router sind bereits jetzt in der Innenstadt aktiv. Mit Unterstützung Plauener Bürger/-innen und Geschäftstreibenden wurde dieser

Stand innerhalb kürzester Zeit erreicht. „Die Freifunk-Initiative wird trotz der Ablehnung ihr Engagement weiter fortführen und sucht dafür Unterstützer/-innen.“ sagte Kai Grünler, Initiator dieses Antrages. Mit einem kurzfristigen Änderungsantrag hatte die CDU-Fraktion gefordert, dass die Stadtwerke Strom ein Konzept für freies W-LAN erarbeiten und der Antrag der LINKEN zurückgestellt wird. In der Argumentation wurde durch gezielte Fehlinformationen, wie z.B. Werbung im Freifunk-Netz, der Eindruck erweckt, dass das Angebot des Freifunk e.V. schlechter sei als eine kommerzielle

Lösung. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Mehrheit des Stadtrates ließ sich von der Argumentation leiten.

Weiterhin sagte Claudia Hänsel dazu: „Eine Ablehnung des Freifunk-Antrages wäre nicht nötig gewesen, die Stadtwerke hätten parallel ein Konzept erarbeiten können. Die Möglichkeiten der Freifunk-Initiative wird aber somit erheblich eingeschränkt, da so keine öffentlichen Gebäude für den Aufbau eines freien W-LAN genutzt werden können.“

Petra Rank

SPAREN, ABER WO?!

Wenn in Teilen und Ebenen unserer Gesellschaft Mittel fehlen, dann muss gespart werden. Das klingt jetzt erstmal wenig glaubwürdig für einen Linken, aber wenn ich erkläre wer sparen muss, dann sind wir schon wieder im gemeinsamen Fahrwasser. Wenn der Staat auf all seinen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) spart um seinen Haushalt auszugleichen, dann ist das der größte Fehler den er machen kann. Derzeit ist die Situation so, dass Bund und Land im Grunde nicht selbst sparen, sondern die Last auf die Kommunen abwälzen. Nun hab ich oben bereits erwähnt, dass es ein Fehler wäre, wenn der Staat (in dem Fall auf kommunaler Ebene) spart, denn er gibt das Zepter des Sparens nur an die schwächsten und kleinsten Pflänzchen der Gesellschaft weiter. Das kann man machen, darf sich aber dann nicht wundern wenn dieses Verhalten als sozial bezeichnet wird. Was hat die kommunale Ebene des Staates dann für Möglichkeiten?! Er verschafft sich Einnahmen. Drunter ist in der Staatsebene nichts mehr zu machen, also muss das Land ran. Das Land wiederum wird dann begründen, dass es dann auch wieder nicht hin kommt mit seinem Geld und wird den Bund anpumpen. Der Bund hat dann auch wieder die Möglichkeit selbst zu sparen oder seine Einnahmen zu erhöhen. Die derzeitige Bundesregierung wird dann sicher begründen, dass man nichts sparen kann und muss dann die Einnahmen erhöhen. Ich wüsste zwar sofort, welchen Teilhaushalt man einstampfen könnte. Nämlich den zweitgrößten im Bundes-

haushalt, den 34 Mrd. Euro schweren Verteidigungsetat der Rüstungs-Urschi, aber lassen wir das mal außen vor. Bleiben wir mal bei der Einnahmenerhöhung, sprich Steuern rauf. Was hat das dann mit sparen zu tun?! Oben hab ich doch geschrieben dass gespart werden muss...

Ja, einer in der Gesellschaft muss sparen. Das muss aber ja nicht der Staat sein. Aber wer dann?! Die Arbeitenden, deren Einkommen direkt in den Konsum gehen? Deren Konsum lässt sich wohl kaum noch einschränken. Das kann man machen, dann braucht man sich aber nicht wundern, wenn auf diesem asozialen Nährboden asoziale Gebilde wachsen. Solche wie die AfD zum Beispiel. Oder sollte man dann doch mal über die schon lange von der LINKEN geforderten Reichensteuer nachdenken?! Dann müssten die Reichen ihren Konsum z.B. an Finanzmarktprodukten reduzieren oder gar aufgeben. Kann man machen, dann müsste man aber zugeben dass es sozial ist und bräuchte sich nicht wundern, wenn auf sozialem Boden auch soziale Strukturen aufblühen. Solche wie unsere Partei zum Beispiel.

Solange jedoch die CDU mitregiert, egal auf welcher Ebene, solange wird es keinen sozialen Nährboden geben, denn den Dünger müsste man ja in deren eigenen Reihen besorgen. Da spart man doch lieber bei den kleinen Pflänzchen.

Maik Schwarz



© birgitH / pixelio.de

PERSONALSITUATION BEI SACHSENS LEHRERN SPITZT SICH DRAMATISCH ZU

Sachsen kommt bei der Sicherung angemessener Unterrichtsbedingungen für Lehrer und den darunter leidenden Schülern immer stärker unter Druck. Es fehlen nicht einfach nur Lehrer, sondern selbst die Personalreserven aus anderen Ländern, mit denen Sachsens Planer im Finanzministerium bisher "sicher" rechneten, schmelzen dahin. Doch diese minimieren sich rapide, weil sich die Personalsituation an den Schulen in sämtlichen ostdeutschen Ländern dramatisch zuspitzt. Hier ist der Haupttreiber die Überalterung der Lehrer sowie allgemein steigende Schülerzahlen. Der Finanzminister muss endlich begreifen, dass die Zeit des jahrelangen „Nassauerns“ in anderen Bundesländern vorbei ist.

Sachsen kann sich mit seinen für Lehramtsabsolventen inakzeptablen Konditionen bei der Lehrersuche im Bund ganz hinten anstellen. Der Vogtländer würde sagen. „Do darmit kaste kaan Hund hintern Ofen vorlocken“!

Dabei hat Sachsen den höchsten Einstellungsbedarf. Deshalb will die Lehrgewerkschaft GEW erreichen, dass Sachsens Lehrer endlich einen Tarifvertrag bekommen. Doch Finanzminister Georg Unland (CDU) hat am 12. Mai die Verhandlungen abgebrochen. Der absolut regierende Herr Finanzminister muss endlich begreifen, dass er die Bildung in Sachen nicht länger kaputt sparen kann oder noch besser seinen Hut nehmen!

Dieter Riedler

17. SEPTEMBER: BUNDESWEITE GROßDEMONSTRATIONEN IN SIEBEN STÄDTEN!



Nach der großen bundesweiten Demonstration am 10. Oktober 2015 mit 250.000 Menschen in Berlin und der Demonstration mit 90.000 Menschen in Hannover anlässlich des Treffens zwischen Obama und Merkel am 23. April 2016 haben wir den Druck auf die Bundesregierung und die EU-Kommission weiter erhöht. Mit Erfolg: Die TTIP-Befürworter/innen sind in die Defensive geraten.

Doch jetzt hat der Entscheidungsprozess über das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada begonnen. Die Unterzeichnung ist für Oktober geplant. Daran schließt sich die Beratung im Europäischen Parlament und die Ratifizierung im Rat sowie voraussichtlich in den Mitgliedstaaten an. Kommission und Rat wollen schnell Fakten schaffen. Ein wichtiger Meilenstein wird das Treffen der Handelsminister in Bratislava am 22. und 23. September sein. Dort soll der Weg für die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung frei gemacht werden.

Darum tragen wir unseren Protest am 17. September erneut auf die Straße!

Wir nehmen mit der Auswahl unserer Demonstrationsorte die einzelnen Bundesländer in die Pflicht! Denn die Landesregierungen müssen im Bundesrat über CETA entscheiden. Das Abkommen wird nur ratifiziert, wenn es in der Länderkammer eine Mehrheit erhält.

Wir fordern die Landesregierungen auf, CETA und TTIP nicht zuzustimmen!

INTERESSANT?!

zum Brexit:

"Unter den 18- bis 24-Jährigen gaben laut YouGov 66 Prozent an, für Remain votiert zu haben. Überstimmt wurden sie von den Älteren: Briten jenseits der 50 Jahre entschieden sich dem Institut zufolge mehrheitlich mit 53 Prozent für einen Brexit. Bei den über 65-Jährigen waren es 59 Prozent."

Bei den 18- bis 24-Jährigen gaben laut der Erhebung zehn Prozent an, nicht gewählt zu haben - bei den über 65-Jährigen waren es hingegen nur zwei Prozent. Sie gingen damit geschlossener zur Wahl - was bei dieser knappen Abstimmung auch einer der entscheidenden Faktoren gewesen sein kann."

Quelle: Spiegel Online

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

K. Braumandl	Bösenbrunn	17.07.
R. Schubert	Treuen	18.07.
H. Gerber	Klingenthal	21.07.
W. Bille	Plauen	25.07.
K. Döhler	Plauen	31.07.
H. Gabler	Greiz	03.08.
H. Möckel	Auerbach	03.08.
H. Kupfer	Plauen	05.08.
F. Claus	Treuen	08.08.
D. Weißenfeld	Mühltroff	08.08.
J. Windisch	Bergen	12.08.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote



SOMMERPAUSE IM LANDESGRUPPENBÜRO VOM 4. - 24. JULI

Hinweis:

Auf Grund der Ferienzeit kann es passieren, dass die Kreisgeschäftsstelle nicht wie gewohnt besetzt ist.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.06.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.07.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.